Ratsherr Beißel führt aus, dass die Landesregierung die Absicht, das Ehrenamt zu stärken, indem die Ausschussvorsitzenden besonders hervorgehoben werden, nach Meinung seiner Fraktion, schlecht gelöst habe. Eine moderate Erhöhung der Sätze für alle Ratsmitglieder hätte einen größeren Spielraum gegeben, die Leistungen der sachkundigen Bürger/innen adäquater zu vergüten und damit das Ehrenamt in sinnvoller Weise zu unterstützen.

Ratsherr Danz stimmt für die SPD-Fraktion den Ausführungen des Rats Herrn Beißel zu, kritisiert jedoch die vorzeitige Veröffentlichung dieses Themas seitens der CDU und FDP in der Presse. An dieser Stelle hätte er sich eine vorherige interfraktionelle Abstimmung gewünscht. Seine Fraktion werde aber den Beschlussvorschlag mittragen.

Rats Herr Huth führt aus, dass er den Vorschlag, die Arbeit der Ausschussvorsitzenden extra zu vergüten, begrüße. Allerdings empfinde seine Fraktion die Lösung der Landesregierung als ungünstig. Darüber hinaus habe der entsprechende zu früh veröffentlichte Presseartikel seitens der CDU und FDP es dem Ausschuss nunmehr unmöglich gemacht, einen anderslautenden Beschluss zu fassen.

Auch Rats Herr Schiebener erklärt, dass der Vorschlag der Landesregierung unausgewogen sei. Jede Teilnahme an einem Ausschuss erfordere intensive Vorbereitung aller Beteiligten. Darüber hinaus gebe es Ausschüsse, deren Sitzungsdauer nur 10 Minuten und andere Ausschüsse, deren Sitzungsdauer einige Stunden in Anspruch nehme. Seine Fraktion werde sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen.

Die Frage von Rats Herrn Logemann, ob die Änderungen in der Hauptsatzung ab rückwirkend ab 01.01.2017 gelten, wird von Bürgermeister Raetz bejaht und soll in den Beschluss aufgenommen werden.